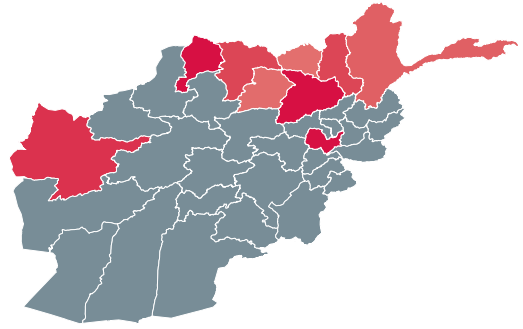


Deutsche Zusammenarbeit mit Afghanistan

Rechtssicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger



Situation

Die afghanische Bevölkerung erwartet von ihrem Staat nach jahrzehntelangen gewaltsamen Konflikten neben Gerechtigkeit vor allem Rechtssicherheit. Nach dem Fall des Taliban-Regimes legte Afghanistan 2004 mit einer neuen Verfassung den Grundstein für einen Rechtsstaat. Trotzdem steht die Justiz bei der Umsetzung der neuen Rechtsordnung weiterhin vor großen Herausforderungen: In Afghanistan existieren mehrere Rechtssysteme nebeneinander – das traditionelle, das islamische und das parlamentarische Recht. Viele Afghaninnen und Afghanen vertrauen mangels Alternativen nach wie vor auf rein informelle Strukturen.

Oft ist das Personal der juristischen Institutionen wie des Justizministeriums, der Anwaltschaft und des obersten Gerichts für seine Aufgaben nicht ausreichend qualifiziert. Es fehlt an Koordination zwischen den verschiedenen Stellen, um allen afghanischen Frauen und Männern in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen den Zugang zu Recht und damit Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Ziel

Justiz und Polizei handeln verfassungskonform, Gesetze und Reformen der Regierung sind rechtskonform. Die Rechtssicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger im Land ist gewährleistet.

Maßnahmen & Wirkung

Die Bundesregierung unterstützt Afghanistan seit 2002 beim Aufbau eines Verfassungsstaates auf der Grundlage eines effektiven staatlichen Justizsystems. Sowohl die Niederlande als auch Finnland beteiligen sich finanziell an diesem Engagement. In den vergangenen Jahren wurden bereits bedeutende Fortschritte erzielt.

Rechtsberatung

- Das afghanische Justizministerium hat mittlerweile zur Lösung ziviler Fälle in allen Distrikten der Nordprovinzen lokale Streitschlichtungsbüros, sogenannte Huquq-Büros, eingerichtet. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten vom Vorhaben Trainings, Gesetzestexte sowie Fachliteratur und werden von Mentoren begleitet. Durch die höhere Präsenz, Kompetenz und Unparteilichkeit der Huquqs ist deren Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern gewachsen: Seit dem Jahr 2013 haben die Streitschlichter mehr als 61.000 Fälle bearbeitet.



61.000

bearbeitete Fälle der Streitschlichter

- Mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung werden in den Provinzen Balkh, Kunduz und Samangan neue Büros für Huquqs, die Staatsanwaltschaft sowie drei neue Gebäude für Provinzvertretungen des Justizministeriums gebaut. In Gerichten und Gefängnissen in Badakhshan, Kunduz und Takhar entstanden Besprechungsräume für Rechtsberatung. Für die Bevölkerung ist es damit einfacher geworden, juristischen Beistand einzuholen.

Überblick	
Programm	Stärkung der Rechtsstaatlichkeit
Auftraggeber:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Außenministerium des Königreichs der Niederlande, Finnisches Außenministerium
Partner	Justizministerium (MoJ)
Durchführungsorganisation:	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Provinzen:	Badakhshan, Baghlan, Balkh, Kabul, Kunduz, Samangan, Takhar, Jowzjan, Herat
Programmziel:	Beratung der afghanischen Regierung bei der Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen, um die Rechtssicherheit für die Bürger und vor allem Bürgerinnen zu verbessern

- In Kunduz entstand die erste Regionalvertretung der afghanischen Anwaltskammer. Seitdem können Anwälte auch vor Ort die Anwaltsprüfung ablegen und sich registrieren lassen. Die Zahl der Anwälte in Kunduz hat sich seit 2011 von zwölf auf 131 erhöht, darunter 23 Frauen. In der Nachbarprovinz Takhar haben Absolventinnen des Anwaltsexamens ein eigenes Büro eröffnet.



Ein neu errichtetes Verwaltungsgebäude für das afghanische Justizministerium in der Provinz Kunduz | © GIZ

Bürgernahe Polizei und Staatsgewalt

Fast 13.000 Polizistinnen und Polizisten aus den Nordprovinzen haben seit 2012 Schulungen zu rechtlichen Themen besucht. Sie können ihre Aufgaben als Hüterinnen und Hüter des Rechts nun besser wahrnehmen. Seit 2013 fanden mehr als 760 Gespräche zur Konfliktlösung zwischen Vertreterinnen und Vertretern von Gemeinden und Behörden statt. Ein Drittel der Mitglieder dieser Gesprächsforen sind Frauen. In über 50 anonymen Beschwerdeboxen kann die Bevölkerung Fälle zur Diskussion in die Foren tragen. Polizei und Staatsanwaltschaft erhielten in über 530 Treffen Schulungen in alltäglichen Arbeitsfragen. Umfragen bestätigen, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei erheblich gestiegen ist.



760

Dialogtreffen zwischen Vertretern von Gemeinden und Polizei/Behörden

Universitäten

Das Vorhaben bietet an allen Rechts- und Schariafakultäten in den Nordprovinzen ergänzende Fachlehrgänge an und stattet diese mit Fachliteratur und Gesetzestexten aus. Insgesamt

wurden seit 2012 mehr als 30.000 Bücher zur Verfügung gestellt und über 150 Schulungen durchgeführt. Rund 60 Studierende erhielten darüber hinaus Stipendien. Studentinnen der Rechtswissenschaften erhalten zudem Unterstützung für den Einstieg ins Berufsleben, insbesondere durch Praktika-Programme. Der Einblick in das praktische Berufsleben wird für die Studierenden zusätzlich durch sogenannte Legal Clinics ermöglicht, in deren Rahmen die Studierenden an realen Fällen arbeiten und fiktive Gerichtsverhandlungen durchspielen.

Informationskampagnen

- Regelmäßige Informationskampagnen zu rechtlichen Themen an Schulen, im Radio, in Fernsehspots, durch Theateraufführungen und bei Konferenzen klären Männer und Frauen über ihre Rechte auf.



Schülerinnen und Schüler werden durch Theateraufführungen spielerisch über ihre Rechte aufgeklärt | © GIZ

- In Balkh hat das Justizministerium ein rechtliches Informations- und Beratungszentrum am Wahrzeichen der Stadt, der Blauen Moschee, eröffnet.

Partizipation der Zivilgesellschaft

- In den Provinzen Badakhshan und Balkh können Frauen ihre Anliegen an spezielle Ansprechpersonen richten und sich von diesen beraten lassen. In Kabul nehmen Mitglieder des Dachverbandes der Frauenorganisationen und Angestellte des Frauenministeriums an Fortbildungen und Workshops zu juristischen Themen teil. Die Veranstalter informieren und ermutigen sie, sich für die Belange der Frauen öffentlich einzusetzen.
- Seit 2015 werden zivilgesellschaftliche Organisationen in den Bereichen Kinderrechte, Rechtsaufklärung und Antikorruption durch Beratungen und Dialogtreffen gestärkt. Sie sind dadurch besser in der Lage, sich selbst zu organisieren und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Stand Januar 2017

Kontakt:

Bernd Messerschmidt

Leiter des Programms „Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan“
E bernd.messerschmidt@giz.de

Durchgeführt von:
تطبيق کننده:

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

KFW